

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, sieht in der Krise um Falkland ein Versagen von Politik: Weiterdrängen auf friedliche Lösung. Seite 1

Wolfgang Clement kommentiert die Strauß-Rede vor dem DGB-Bundeskongreß: Der CSU-Vorsitzende will die politische Neutralisierung des DGB. Seite 2

Karl-Heinz Hiersenann MdL zur Affäre Langemann: Tandler entpuppt sich als sicherheitspolitischer "Weiß von Nichts". Seite 3

Horst Peter MdB lobt das sozialdemokratische Beschäftigungsprogramm für Europa: Wertvoller Beitrag. Seite 4

Magdalene Hoff MdEP fordert vorausschauende Maßnahmen für die Textilindustrie: Frauen-Arbeitsplätze weniger wert? Seite 5

### Dokumentation:

Björn Engholm zum Tag des Buches: Ideen kann man nicht zerstören. Seite 6

37. Jahrgang / 96

21. Mai 1982

### Versagen von Politik

Krise um Falkland-Inseln drängt auf friedliche Lösung

Von Karsten D. Voigt MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Der bisherige Verlauf der Krise um die Falkland-Inseln ist Ausdruck des Versagens von Politik, eines Mangels an politischer Vernunft, einer fehlenden Bereitschaft zum Kompromiß und des Mißbrauchs nationaler Leidenschaften.

Es ist zu hoffen, daß die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, mehrerer Regierungschefs lateinamerikanischer Staaten und auch des Papstes doch noch den Weg zu einer Streitschlichtung auf friedlichem Weg öffnen.

Auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben bei aller Solidarität mit Großbritannien stets auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Südatlantik gedrängt. Es darf kein Zweifel daran aufkommen, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft es weiterhin verurteilen, daß Argentinien seine Ansprüche durch eine militärische Besetzung der Falkland-Inseln (Malvinen) durchzusetzen versucht. Aber es muß ebenfalls jeder denkbare Versuch unternommen werden, sowohl die Regierung Argentiniens als auch Großbritanniens weiter für eine friedliche Lösung des Konflikts zu gewinnen.

Da die Zeit drängt, sollte auch die Diplomatie noch mehr als bisher drängen, damit nicht noch mehr Menschen Opfer des Versagens von Politik und damit militärische Aktionen zur Demonstration der Handlungsunfähigkeit werden. (-/21.5.1982/ca)

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

+ + +

Veröffentlichung  
im Auftrag der  
Kommunistischen Partei



## Strauß, der DGB und der "Bayernkurier"

Der CSU-Vorsitzende will die politische Neutralisierung des DGB

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der Friede war trügerisch, um nicht zu sagen: Er war verlogen. Das hehre Bekenntnis des CSU-Vorsitzenden Strauß vor dem Bundeskongreß des DGB, er sei ein "überzeugter Anhänger der Gewerkschaftsbewegung", hat sich schon tags darauf als das entpuppt, als was es jeder Zuhörende im Berliner Kongreßzentrum empfand, nämlich als eine peinliche und anbiederische Phrase. In der neuesten Ausgabe des vom CSU-Chef redigierten "Bayernkurier" kann man es nachlesen.

Straußens Hauspostille hat sich die Gelegenheit der "Neuen Heimat"-Affäre nicht entgehen lassen, einen Frontalangriff auf die Gewerkschaftsbewegung zu starten, und zwar mit dem unmißverständlichen Ziel, den DGB in seiner Substanz zu schwächen. Denn statt sich mit den bereits gezogenen oder noch notwendigen Konsequenzen beider Neuen Heimat zu beschäftigen, versucht der "Bayernkurier" ohne jeden sachlichen Zusammenhang und deshalb in hetzerischer Manier, die Mitbestimmungsforderungen der Arbeitnehmerorganisationen "in ein peinliches Zwiellicht" zu ziehen.

Die exzessiven Fehlleistungen geschäftiger leitender NH-Mitarbeiter sind dem Parteiorgan der CSU nur Vorwand. Es stellt dafür pauschal die Qualifikation der mitbestimmenden Arbeitnehmervertreter in Großunternehmen in Frage und fragt, wörtlich: "Ob nicht manche DGB-Funktionäre die Mitbestimmung als Einfallstor betrachten könnten, Geschäftemacherei, die das Licht scheuen und bei der "Neuen Heimat" ohne Zweifel an der Tagesordnung waren, über den Kreis des Gewerkschaftsunternehmens hinaus im Gesamtbereich der mitbestimmten Großwirtschaft anzubahnen". - Das ist eine abenteuerliche Verleumdung.

Strauß hatte in seinem Berliner Manuskript einen Satz, der hieß: "Mit verbalen Verteufelungen sollte es in unserem Lande ein Ende haben." Der CSU-Chef hat diesen Satz nicht ausgesprochen. Er wäre auch an der falschen Adresse gewesen. Denn wenn jemand auf die Idee kommen wollte, eine ähnliche Argumentation wie sein Parteiorgan anzustellen, dann könnte er beispielsweise schlußfolgern, die jährlich Milliarden verschlingende Wirtschaftskriminalität in der Bundesrepublik sei ein Beweis für die Verantwortungslosigkeit des deutschen Unternehmertums oder für die Marodität der Marktwirtschaft. Dies wäre eine Verteufelung von der Qualität, wie sie sich der "Bayernkurier" jetzt gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen herausnahm.

Der CSU-Vorsitzende hat sich in Berlin erneut gegen den Vorwurf des "Neo-Konservatismus" gewehrt. Auf sich bezogen, mag er recht haben. Man kann sein Konzept vom Wirtschaftsleben guten Gewissens als reaktionär bezeichnen. Es läuft darauf hinaus,

- die natürlichen Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu leugnen, was er in Berlin mit der "An-einem-Strang-ziehen"-Phrase umschrieb;
- die Gewerkschaften zu Tarifmaschinen zu degradieren, wofür sie bei Wohlverhalten - wie jetzt - sogar auf Streicheleinheiten rechnen dürfen;
- alle Bemühungen auf ein Wirtschaftswachstum zu konzentrieren, was gegebenenfalls mit Hilfe einer Investitionsförderung zu Lasten der Sozialleistungen geschehen soll, wie er vor dem DGB-Kongreß natürlich nur andeutungsweise (weil sonst "die Substanz des sozialen Netzes" nicht zu erhalten sei) umschrieb, und
- ansonsten die gesellschaftspolitische Funktion und Aufgabe der Arbeitnehmerorganisationen zu bestreiten, weshalb er diese in Berlin auch unerwähnt ließ, während sein Parteiorgan sie mit dem Angriff auf die Mitbestimmung zentral in Frage stellte.

Strauß hat sich in Berlin als Befürworter der Einheitsgewerkschaft geriert. Doch was er meinte, war ersichtlich nicht die parteipolitische Offenheit des DGB, sondern dessen politische Neutralisierung mitten in einer konservativen Großoffensive gegen eine soziale und liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Diesen Angriff heißt es, bei aller Toleranz mit Sonntags- und Großrednern, entschieden abzuwehren. (/21.5.1982/vo-he/ca)

CSU-Innenminister hat Ministerium nicht im Griff

Tandler entpuppt sich als sicherheitspolitischer "Weiß von Nichts"

Von Karl-Heinz Hiersemann MDL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Tandler und die gesamte CSU haben den Ministerialdirigenten Dr. Hans Langemann mehr als zwei Monate auffällig geschont und nichts unversucht gelassen, von den Verfehlungen Langemanns abzulenken. Zu dieser Taktik gehörte der Versuch, den Nachrichtenhändler Frank P. Heigl als Fälscher und den Chefredakteur von "Konkret" Manfred Bissinger, als DKP-nah hinzustellen. Doch jetzt haben Tandler und seine Partei hektisch die Pferde gewechselt.

Jetzt ist für Tandler der ehemalige Ministerialdirigent seines Ministeriums entweder ein Spinner oder ein Canove oder beides zusammen. Die Heftigkeit der Kehrtwendung Tandlers, die für einen Innenminister ungewöhnliche Darbheit der Sprache können nicht davon ablenken, daß Tandler die Verantwortung dafür trägt, daß sicherheitsrelevante Informationen via Langemann aus dem Innenministerium herausgebracht wurden. Dies ausgerechnet im Freistaat Bayern, dessen CSU-Staatsregierung sich so gern als Hort der Korrektheit und Gesetzlichkeit darstellt.

Offenbar hat Tandler seit Amtsantritt vor gut drei Jahren sein Ministerium doch nicht so gut im Griff wie er - nicht zuletzt dank guter Pressearbeit vergangener Tage - immer wieder glauben machen wollte. Wie sonst hätte es dem bayerischen Innenminister, der für Fragen der inneren Sicherheit zuständig ist, zum Beispiel entgehen können, wie brisant das ihm im Februar 1981 vorgelegte "Exposé Eva" ist und wen er sich da als Staatsschutzchef in Bayern leistet. Daß Tandler dies nicht erkannt hat, weist ihn als sicherheitspolitischen "Weiß von Nichts" aus. Tandler wird es nicht gelingen, seine vom Untersuchungsausschuß noch festzustellenden eigenen Fehlleistungen dadurch zu verdecken, daß er Langemann wie eine heiße Kartoffel fallen läßt.

Auch die am vergangenen Wochenende von der CSU in die Welt gesetzte Agententheorie, wonach Langemann gewissermaßen ein Agent des Bundesnachrichtendienstes innerhalb der Bayerischen Staatsregierung gewesen sei, wird der Staatsregierung - allen voran Innenminister Tandler - keine Entlastung bringen. Schließlich ist Langemann per Einschreiben des bayerischen Kabinetts Staatsbeamter und Staatsschutzchef im Freistaat und vom gleichen Gremium von B 3 (Ministerialrat) auf B 6 (Ministerialdirigent) gehievt worden. Dies muß dann sogar mit Wissen und Billigung von Franz Josef Strauß geschehen sein. Denn aus anderen Fällen ist bekannt, daß das Kabinett zum damaligen Zeitpunkt keine Entscheidungen traf, die Franz Josef Strauß zuwider waren. Wenn Langemann tatsächlich als Agent des BND im bayerischen Staatsdienst tätig war, dann wäre daraus zu schließen, daß er in dieser Funktion mit Billigung, Wissen und Förderung von Dr. Ludwig Huber, von Franz Josef Strauß und mehrerer anderer CSU-Politiker, die von der Sache gewußt haben, tätig geworden ist.

Überhaupt wird es interessant werden, in Sachen Franz Josef Strauß den weiteren Verlauf des Untersuchungsausschusses zu beobachten. Man wird gespannt sein dürfen, zu erfahren, von welcher Intensität die Beziehungen zwischen Franz Josef Strauß und Hans Langemann denn waren. Denn bisher hat Strauß versucht, den Eindruck zu erwecken, als seien die Kontakte sehr oberflächlich gewesen und hätten praktisch überhaupt nicht stattgefunden. Allein aus den jetzt vorliegenden Dokumenten ergibt sich aber, daß diese Beziehungen doch wohl enger und häufiger waren.

(-/21.5.1982/bgy/ca)

+ + +



Sozialdemokratische Beschäftigungspolitik in Europa

Wertvoller Beitrag der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Von Horst Peter MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Die europäische Sozialdemokratie hat sich in den letzten Jahren in die Defensive drücken lassen. Dies gilt auch für die deutsche. Während die Arbeitslosigkeit zum drückendsten Problem in Europa wurde, ließ sie sich eine Diskussion über die angeblich horrenden Staatsverschuldung aufzwingen. Dabei hat sie nicht nur nicht die Arbeitslosigkeit zum Thema erhoben und die sie verursachende Krise nicht untersucht und unterlassen, dies politisch umzusetzen, sondern sie hat auch versäumt, wenn schon die "Staatsverschuldung" diskutiert werden soll, diese offensiv als notwendiges Ergebnis arbeitnehmerorientierter Staatstätigkeit zu verteidigen.

Nun, der Münchner Parteitag der SPD kann eine Wende in unserer Politik darstellen. Das Gerangel um den Wirtschaftspolitischen Beschluß des Parteitages in dessen Vorfeld wäre nicht nötig gewesen, wenn die SPD stärker die Arbeit der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament beachten würde. Deren Arbeitsgruppe "Beschäftigung" hat am 7. Oktober 1981 "Thesen zur Beschäftigungspolitik der Sozialistischen Fraktion" vorgelegt, die dichter in der Analyse und tiefgreifender in den Forderungen sind als der Münchner Beschluß und für diesen wertvolle Orientierungshilfen hätte liefern können.

Die "Europäer" beschreiben die Krise als "Folge des Endes der generellen Expansion, bedingt durch partielle Grenzen des Wachstums ökonomischer, ökologischer, gesellschaftlicher und politischer Art, die sich weiter intensivieren werden". Die expansive Orientierung sei deshalb nicht mehr möglich und müsse durch ein Muster "differenzierter Entwicklung" abgelöst werden, in dem nur noch für einige Produkte und Regionen Raum für Expansion ist, andere Sektoren sollen nur stabilisiert werden, während bei destruktiven Produkten wie Rüstungsgütern eine Reduzierung angestrebt werden soll.

Die Ursachen für hohe Leistungsbilanzdefizite, ständig steigender Arbeitslosigkeit, besonders der Jugendarbeitslosigkeit, rasch steigender Produktivität in wichtigen Sektoren und zunehmender Konzentration werden in sinkendem Nachfragepotential, hervorgehoben unter anderem durch die wirtschaftspolitischen Strategien der nationalen Regierungen, Kapitalkonzentrationen bei transnationalen Unternehmen, flexibler Produktionsstandortwahl, beschleunigter Rationalisierung in Verbindung mit der Verwendung der Mikrotechnologie in der Verfahrenstechnik gesehen.

Die nationalen wirtschaftspolitischen Strategien, die uns besonders in den USA und in Großbritannien auffallen, wirken sich ständig als Antreiber dieser Prozesse aus. Weder Hochzinspolitik und Einschränkung der Staatsleistungen noch die Förderung beschäftigungspolitisch irrelevanter Großtechnologie im Energiesektor und die Förderung der industriellen Produktion ohne wirksame Kontrolle über die Konsequenzen für die Zahl der Arbeitsplätze tragen nach Ansicht der Sozialistischen Fraktion zur Lösung des Hauptproblems, der Arbeitslosigkeit, bei. Neben der Arbeitnehmerschaft sind die hauptsächlich von dieser Politik betroffenen kleine und mittlere Betriebe, während große und multinationale Konzerne ihren Schnitt machen können. Dies stärkt im Ergebnis wiederum die Rolle der Multis mit der Folge wachsender Abhängigkeit im Energie und Rohstoffbereich. Ein Faß ohne Boden also. Gleichzeitig schwächt der Druck der Arbeitslosigkeit die Positionen der Arbeitnehmerschaft.

Die Europäer sehen deshalb auch die Hauptaufgabe darin, "Entscheidungsverhältnisse zu inszenieren, in denen die Menschen aus Eigeninteresse sich im Sinne einer differenzierten Entwicklung verhalten." Eine "weitreichende Demokratisierung" sei notwendig, damit ein System der Planung geprüft und in Gang gesetzt werden kann, das "die Marktmechanismen respektiert, die wirtschaftliche Aktivität jedoch für Einwirkungen zugänglich macht, die sich an dem Interesse der Allgemeinheit orientieren."

Die Vorschläge der EP-Fraktion sollten in die Diskussion der nationalen Parteien, auch der SPD, einbezogen werden. Anzustreben ist eine koordinierte arbeitnehmerorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik der europäischen Sozialdemokratie, in deren Rahmen auch für eine institutionelle Verzahnung zu sorgen wäre. (-/21.5.1982/eu/oa)



Endlich vorausschauende Maßnahmen!  
-----

Sind die Frauen-Arbeitsplätze der Textilbranche weniger als der Stahl?

Von Magdalene Hoff MdEP

AsF-Bezirksvorsitzende Westliches Westfalen

Innerhalb der vergangenen zehn Jahre sind 40 Prozent aller Textil-Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland vernichtet worden. Statt 881.000 Menschen arbeiten jetzt nur noch 553.000 in diesem Bereich. Wie kommt es, daß sich diese gewaltige Veränderung so lautlos und fast unbemerkt von der Öffentlichkeit vollzogen hat? Liegt es daran, daß der Anteil der Frauen in der Textilindustrie bei 50 Prozent, in der Bekleidungsindustrie sogar 80 Prozent liegt?

Wenn in der Stahlindustrie Arbeitsplätze bedroht sind, ist das immer ein öffentliches Thema. Nicht so im Textilbereich. Dabei sind im Textilbereich doppelt so viele Menschen - noch - beschäftigt wie im Stahlsektor. Von den 5.500 noch bestehenden Betrieben liegt ein Fünftel in Nordrhein-Westfalen.

Ursachen der Textilkrise sind der stagnierende Verbrauch und der Importdruck aus Billiglohnländern. Mit den auf Hungerlöhnen, Kinderarbeit und 60-Stunden-Woche basierenden Preisen kann die hiesige Industrie nicht konkurrieren.

Erschwerend kommt hinzu, daß innerhalb der EG - besonders in Italien, Frankreich und Belgien - seit Jahren ein versteckter Subventionswettbewerb, ähnlich wie auf dem Stahlmarkt, stattfindet. So übernimmt beispielweise in Großbritannien der Staat die Lohnkosten bis zu 90 Prozent, in Italien tragen die Kommunen die Sozialversicherungsbeiträge, in Frankreich existiert ein staatliches Modernisierungsprogramm, in Belgien gibt es ein Subventionsprogramm von 21 Milliarden DM.

In den Jahren 1974 bis 1981 hat man versucht, durch das 1. Welttextilabkommen vor allem den ärmsten Entwicklungsländern eine Chance zur Produktion und zum Export von Textilwaren einzuräumen. Dieses Ziel wurde im wesentlichen verfehlt, denn rund Dreiviertel aller Einfuhren kommen aus den hochindustrialisierten ostasiatischen Ländern Südkorea, Taiwan und Hongkong.

Für die Verlängerung des Welttextilabkommens haben die Bundestagsfraktionen der SPD und FDP am 10. November 1981 Leitlinien beschlossen. Danach sollen

1. der langsamere Verbrauch bei der jährlichen Festsetzung der Zuwachsraten berücksichtigt werden,
2. bei besonders sensiblen Textil- und Bekleidungserzeugnissen die Importkontingente gesenkt werden und
3. den ärmeren Entwicklungsländern größere Absatzmöglichkeiten eingeräumt werden.

Ganz besonders wird die Bundesrepublik darauf drängen, daß die Niedrigpreisländer soziale Mindestbedingungen nach den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation einhalten.

Auf der EG-Ebene ist dafür zu sorgen, daß die Verzerrungen durch staatliche Subventionen zwischen den einzelnen EG-Staaten beseitigt werden.

Inzwischen geht die Talfahrt in der Textilindustrie weiter. Da wegen der andauernden konjunkturellen und strukturellen Krise weitere Betriebsstillegungen zu befürchten sind, muß es endlich auch vorausschauende Maßnahmen geben, z.B. durch Umschulungsprogramme für Textilarbeiterinnen vor Verlust des Arbeitsplatzes. Die Kosten hierfür müßten zumindest teilweise von den Betrieben, die jahrzehntelang mit Hilfe der Arbeiter Gewinne gemacht haben, finanziert werden. Denkbar wäre auch, analog zu den "Sozialen Maßnahmen für Stahlarbeiter aus EGKS-Mitteln", eine Bezuschussung der Umschulungsprogramme aus dem Sozialfonds der EG.



DOKUMENTATION

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein, Björn Engholm MdB, hat zum Tag des Buches folgende Ansprache gehalten:

## Ideen kann man nicht zerstören - Vom Ungeist der Bücherverbrennung

Im kommenden Jahr wird es 50 Jahre her sein, daß am 10. Mai in Deutschland Bücher verbrannt wurden. Die Schande der Bücherverbrennung bleibt unvergeßlich. Unvergeßlich bleibt auch, daß Menschen des Geistes oder von Geist, wie man bei uns sagt, also Studenten, Professoren, sogar Geistliche, in der ersten Reihe derer standen, die den Geist mit den Waffen der Ketzerverfolgung auslöschten: dem Scheiterhaufen.

Es ist ihnen letztlich nicht gelungen. Immer noch und immer wieder lesen wir Brecht, Döblin, Feuchtwanger, Hasenclever, Lasker-Schüler, Thomas Mann, Toller, Tucholsky, Ossietzky und viele andere. Der Ungeist hat ihre Gedanken nicht zerstören können - sie waren stärker als die Gewalt! Für uns alle, und für die Kraft der Idee von Freiheit und Gerechtigkeit ist das Halt, Anker, Vergewisserung, daß trotz Gewalt die Macht der Ideen überleben kann.

Ich sage bewußt kann, weil ich die These "Ideen kann man nicht zerstören" nicht ohne Relativierung belassen möchte. Der Satz von der Unzerstörbarkeit der Ideen ist im übrigen nicht neu. Er ist - sinngemäß - oft gebraucht worden: in der protestantisch optimistischen Formel "eine feste Burg ist unser Gott" oder im Fortschrittsoptimismus der Arbeiterbewegung "Wissen ist Macht", auch in Pablo Nerudas Kampf um das Glück des Dichers und nicht zuletzt im "Venceremos", der Befreiungsbewegung Südamerikas, hören wir diesen Optimismus und die Beteuerung, daß Ideen Bestand haben. Ein solcher Optimismus ist zweifellos zum Leben nötig, erst recht zum Überleben. Robert Musil, selbst ein Verfolgter, hat den Satz geprägt: "Optimismus ist Pflicht!"

Mit der Versicherung, daß große Ideen bestehen bleiben, ist immer Ermutigung, Selbstdisziplin und Tröstung einhergegangen; darin liegt zugleich das Eingeständnis einer ständigen Gefährdung der Ideen. Wir müssen eingestehen, daß mit dem Satz "Ideen kann man nicht zerstören" heute eine Nahtstelle erreicht ist. Einerseits ist es psychologisch, philosophisch, moralisch und politisch nötig, daran festzuhalten; andererseits muß man realistisch fragen, ob das wirklich uneingeschränkt so Gültigkeit hat.

Stellt man die Frage, was heute zerstören heißt, dann stößt man an die Grenze der These von der Unzerstörbarkeit der Ideen. Denn: Es ist ungeheuerlich, aber dennoch Tatsache, daß die Sprengkraft der Waffen die gesamte Erde zerstören kann, und nicht nur einmal. Können bei fünf Tonnen TNT je Kopf der Erdbevölkerung Ideen im Ernstfall wirklich überleben?

Man kann, im Extrem, Ideen zerstören. Das ist nicht wahrscheinlich - aber es ist möglich! Die Politik ist dieser Möglichkeit immer wieder mit Konzepten der Abschreckung begegnet, um den Preis allerdings einer immer weiteren Erhöhung der Zerstörungspotentiale. Erst in den letzten 13 Jahren hat die Entspannungspolitik, mit großer Zustimmung der Mehrheit des Volkes, ein Komplement geschaffen.

Wir benötigen neue Erfolge in Entspannung und De-Eskalation: heute, da die physische Vernichtung von Idee und Materie möglich geworden ist, brauchen wir sie dringender denn je. Politische Anstrengungen historischen Ausmaßes sind nötig. Viele, nicht nur die in besonderen Aktionen Friedensbewegten, hoffen auf eine überzeugende Antwort. Denn viele fühlen Betroffenheit angesichts der Tatsache, daß die Welt und mit ihr alle Ideen zerstörbar sind, Ideen, in denen nach wie vor die Hoffnung der Menschen auf Friede, Liebe, auf Entfaltung und Entwicklung beschlossen liegen.

Man kann Ideen zerstören. Das Eingeständnis dieser Tatsache schließt jedes leichtfertige Reden über die Führbarkeit von begrenzten Kriegen aus (gar nach dem Motto, die moderneren, etwa die Neutronenwaffen, vernichteten allenfalls Bibliothekare, ließen aber die



Bücher geschützt. Daß die britische Marine heute auch Atomwaffen an Bord hat, und das in einem vermeidbaren Konflikt mit einem Land der Dritten Welt, ist für viele furchterregend. Die Völker der Dritten Welt werden, Armut hin - Armut her, mit einer weiteren Rüstungsanstrengung reagieren. Aus einem anachronistischen Schiffsversenken wird so eine weltbedrohende Eskalation.

Erst allmählich antwortet auf die große Bedrohung unserer Existenz eine blockübergreifende internationale Friedenssolidarität. Noch hat sie nicht die Qualität, um nachhaltig Politik zu beeinflussen. Aber sie beginnt, ob uns dies im Einzelfalle Freude macht oder nicht, eine machtvolle Idee zu werden, deren Materialisierung Politik zunehmend beeinflussen wird. Das ist übrigens nicht neu: Auch die Arbeiterbewegung war immer Träger der Idee des Friedens. Und kaum einer, dessen Bücher 1933 verbrannt wurden, stand dieser großen Idee fern.

Die Greuel des Faschismus werden durch die Bücher von Ingeborg Bayer und Alwin Meyer und Karl-Klaus Rabe schmerzhaft ins Bewußtsein gerufen. Beide Bücher (neben dem von Brehm und Pohl über die gewerkschaftliche Interessenvertretung) sind und werden ausgezeichnet. Der Titel der Arbeit von Ingeborg Bayer paßt zum Thema: "Ehe alles zur Legende wird."

Ich will das aktuell deuten und sagen, auch der Widerstand kann, so wie er bei uns gepflegt wird, zur Legende werden. Es ist daher wichtig, daß das Buch unmittelbar mit den Dokumenten der brutalen Vernichtung konfrontiert: mit Diebstahl, Raub und Mord, mit der Verwaltung des Todes, mit der Vergewaltigung der Physis und der Psyche des Menschen. Es zeigt, wie mit einem Federstrich Menschen getötet wurden, wie vom Schreibtisch her Unmenschlichkeit nüchtern deutsch organisiert wurde und mit maschinierter Präzision ganze Gruppen und Teile von Völkern vernichtet wurden. Für nur erklärende, beschönigende, gar verherrlichende Legenden ist da kein Platz.

Mich bewegt bei diesem Buch nicht nur die Unmittelbarkeit der Zeugnisse -es ist auch die Berührung mit uns selbst, die Verbindung des Damals mit dem Heute, die trifft. Die Darstellung rechtsextremistischer Tendenzen Ende der 70er Jahre hebt den historischen Abstand auf und schlägt eine Brücke zur persönlichen Betroffenheit. Darin liegt das große moralische und pädagogische Verdienst des Buches von Ingeborg Bayer.

Wir brauchen solche Betroffenheit, um Legenden zu zerstören, die immer neue Ewig-Gestrige an junge Menschen weitergeben. Daher ist auch das Buch von Alwin Meyer und Karl-Klaus Rabe wichtig. "Unsere Stunde, die wird kommen", heißt es und belegt Methoden und Motive, mit denen heute zu den verschiedensten Formen des neuen Rechtsradikalismus geführt wird. Viele aktuelle Ereignisse lassen uns fast täglich betroffen fragen, wie weit auch politische Sensibilitäten in unserem Lande verschlissen sein müssen, um uns selbst und unseren Kindern neofaschistische Manifestationen zuzumuten. Das Buch von Meyer und Rabe braucht ein hartes Wort: Es konstatiert bei Jugendlichen "historischen Analphabetismus". Tatsächlich: Neuere Umfragen zeigen, daß nur etwa ein Viertel der jungen Generation in Deutschland über gute historische Kenntnisse verfügt. Bei spezifischen Kenntnissen über den Nationalsozialismus wird die Quote noch kleiner. Die Autoren machen nicht nur Ursachen fest, sie zeigen auch Wirkungen auf. Etwa die Ausländerfeindlichkeit als eine der gefährlichsten: "Ausländerstop" oder "Kanaken raus" lauten die Zusammenrottungssparolen der Rechten in unseren Tagen.

Tief erschrocken ist, wer Umfragen zur Einstellung der Deutschen zu ihren ausländischen Mitbürgern liest. Nach neuester Erkenntnis sind nur etwa 29 Prozent der Einheimischen aufgeschlossen, rund 50 Prozent sind offen ablehnend. Ist das nicht auch eine Form des Analphabetismus? Es ist ein harter Ausdruck, gewiß, aber welche Folge solche Feindseligkeiten gegenüber Minderheiten haben kann, kann jeder begreifen, der einen Blick auf die Geschichte wirft. Haß auf Ausländer ist immer verbunden mit einem Mangel an politischer Reife, diese mit Mangel an Toleranz, und Mangel an Toleranz ist allemal eine Lücke im Verhaltensrepertoire von Demokraten. Auch wer sich an die Szenen nach dem Pokalfinale zwischen Nürnberg und München bei den gewaltsamen Störungen der Maikundgebung in Frankfurt erinnert, fragt sich, ob dies nicht auch eine bestimmte Variante historischen Analphabetismus ist.

Ich erinnere schließlich auch an die Warnung des Bundeskanzlers vor einem neuen Analphabetismus, die er vor einem Jahr zum Tag des Buches aussprach. Helmut Schmidt hat zu neuen Anstößen für Bildung und für die Förderung des Lesens aufgerufen. Neue Leseanstöße bedür-

fen gewiß der Klassikerlektüre, aber ebenso gewiß bedürfen sie der Lektüre von Büchern, wie sie heute hier ausgezeichnet werden.

Die Aufgabe der politischen und kulturellen Bildung, die unser ganzes Volk zur Kultur-mündigkeit und zur demokratischen Toleranz führen soll, ist noch nicht erfüllt! Das zeigen die Bücher der Preissträger mit übergroßer Deutlichkeit. Ich wünsche diesen Büchern eine weite Verbreitung.

Könnten wir heute weiter sein? Ich weiß, daß Spekulationen nach dem Motto "Hätte, wäre damals" nicht unbedingt seriös sind. Aber ich will ganz subjektiv sagen: Wären nicht Heinrich und Thomas Mann, Berthold Brecht und viele andere ins Exil getrieben worden, hätte man nicht Karl von Ossietzky grausam ermordet, wären nicht Toller und Tucholsky in den Tod getrieben worden und wären nicht Willy Brandt, Herbert Wehner, Otto Wels und viele andere ins Exil gezwungen worden - wir wären in der Beherrschung des kulturellen und politischen Alphabets heute weiter.

Ich fürchte, daß in der finstersten Epoche unserer Geschichte, an deren Anfang die Bücherverbrennung schreckliche Zeichen setzte, letztlich doch auch Maßstäbe, Werte, Normen - also auch Ideen zerstört wurden. Historische Chancen der kulturellen und politischen Entwicklung wurden durch blanke Gewalt und blinde Indoktrination zumindest in ihrer Einzigartigkeit für immer verschlossen. Unsere Aufgabe ist es, zu verhindern, daß primitive Gewalt und kulturelle Ignoranz jemals wieder die Oberhand gewinnen.

Was das für den Bildungs- und Kulturpolitiker heißt, will ich in sechs Aussagen zusammenfassen:

1. Das Ziel unserer Entwicklung, auf das unsere politische Arbeit auszurichten ist, heißt "Kulturdemokratie". Kein Tag wäre geeigneter, daran zu erinnern, als der 10. Mai. Die verheerenden Folgen, die entstehen, wenn dieses Ziel gewalttätig verdrängt oder auch nur aus dem Auge verloren wird, stehen uns vor Augen.
2. Kulturdemokratie muß der Kultur einen zentralen Stellenwert einräumen. Federico Mayor hat dies für die UNESCO wie folgt ausgedrückt: "Die kulturelle Dimension der Entwicklung ist nicht die qualitative Ergänzung des ökonomischen Wachstums, sondern das eigentliche Ziel des Fortschritts selbst!" Herder nennt das Ziel der kulturellen Entwicklung schlichter "Humanität".
3. Ein solcher Stellenwert von Kultur verlangt Umwertungen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Besitzansprüche, Wachstumsglaube, Sicherheitsdenken und so weiter dürfen nicht zum Fetisch werden, der Ideen lähmt. Die Suche nach Werten, nach dem Sinn, der Qualität des Lebens wächst. Wir müssen solche Suche, solche Forderungen ermutigen, ihre Umsetzung auch in alternativen Denk- und Lebensformen ermöglichen.
4. Kultur braucht notwendige Räume, in denen sich Kreativität entfalten kann. Die Erziehung besonders in Familie und Bildungssystem muß dem Rechnung tragen. Eine pädagogische Erneuerung des Bildungswesens ist nötig: Dabei kommt der Literatur, der Musik, der darstellenden und der bildenden Kunst und vor allem auch der Einbeziehung gesellschaftlicher Entwicklungen in die schulischen Abläufe eine besonders hohe Bedeutung zu. Selber Sinnvolles tun, sinnlich faßbare Bestätigung erfahren, sich selbst verwirklichen, statt kognitiven Frust erleiden, das sind Voraussetzungen, die besonders junge Menschen benötigen, um Zukunftsmut zu entwickeln.
5. Kulturdemokratie ist auf Teilhabe prinzipiell aller Menschen angelegt. Also auf Chancengleichheit, auf offene Türen und Mitbestimmung in allen Bereichen. Insofern stehen wir keinesfalls am Ende; nur Menschen ohne Phantasie können behaupten, es sei nichts mehr zu entwickeln.



6. Kulturdemokratie setzt Frieden voraus. Daß Menschen in schöpferischen Austausch treten, auch über Grenzen hinweg, ist ohne Frieden unmöglich. Friede ist daher Inbegriff für Bildung, für Kunst (und natürlich auch für Demokratie und Wirtschaft). Daß wir Kultur mit Waffen verteidigen, war in der Vergangenheit immer Losart. Daß Kultur Waffen überflüssig machen könne, ist unverbrüchliche Hoffnung. Das Lösungswort der Friedensbewegung in der DDR "Aus Waffen Pflugscharen" machen, spricht das neu aus. Es meint eben nicht nur, Äcker pflügen, sondern Hirne und Herzen fruchtbar machen.

Ideen kann man nicht zerstören! Das meint: Man darf nicht zulassen, daß sie zerstört werden. Man darf nicht zulassen, daß der Ungeist der Verbrennung in alter oder in neuer Gewaltform wieder auftaucht. Man darf nicht zulassen, daß der Weg zur Kulturdemokratie schmaler wird.

Man - das heißt wir, wir alle: die in der Politik, die Schreibenden und Malenden, die Verleger und die Bibliothekare, Frauen und Männer in den Betrieben an Werkbänken und Schreibtischen, Lehrer und Lernende in Schulen und Hochschulen.

Ich spreche den Satz "Ideen kann man nicht zerstören" so aus, wie er heute angesichts großer Weltprobleme ausgesprochen werden muß: als Ausdruck eines entschlossenen Optimismus, der allerdings mehr Tun denn Reden verlangt!

(-/24.5.1982/va-he/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl

